

Mehr Lagerfläche für Alt-Asphalt?

Antrag der Firma Donauasphalt wurde zurückgestellt – Feuerwehrkostensatzung beschlossen

Der Antrag der Firma Donauasphalt auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung auf wesentliche Änderung der Asphaltmischanlage in Hötzelsberg wurde vom Gemeinderat zurückgestellt. Es blieben zu viele Fragen offen. Bürgermeister Gerhard Strasser will das Gespräch mit den Firmenvertretern suchen, auch einer Ortsbesichtigung zeigte sich der Gemeinderat nicht abgeneigt.

Für die Errichtung einer Lagerhalle zur witterungsgeschützten Zwischenlagerung von aufbereitetem Altasphaltgranulat wurde vorab das gemeindliche Einvernehmen erteilt. Nicht jedoch was die Erweiterung der Flächen zur zeitweiligen Lagerung von Altasphalt und die Erhöhung der Lagermenge angeht. Auf der Lagerfläche 1 sollen künftig auf 3.000 Quadratmetern maximal 20.000 Tonnen Asphaltgranulat und auf der Lagerfläche 2 mit 2.500 Quadratmetern 30.000 Tonnen Altasphalt gelagert werden können. Hinzu kommt die Behandlung wie Brechen von Asphaltchollen und das Sieben und Brechen von Fräsgut. Außerdem soll im Verladebereich eine neue Fahrzeugwaage errichtet und der Bitumentank ausgetauscht werden. Die Fahrbewegungen beziffert die Firma mit ca. 120 pro Woche. Der Gemeinderat sah sich in der Verantwortung, die Belange der Bürger wahrzunehmen. Während die geplante Steinbrucherweiterung immer noch nicht genehmigt sei, komme nun ein neues Verfahren hinzu. Zudem werde die Gemeindeverbindungsstraße, die sich ohnehin in keinem guten Zustand mehr befinde, durch die beiden Firmen über Gebühr beansprucht. Das Oberflächenwasser auf der Straße müsse über das Betriebsgelände abgeleitet werden. Bürgermeister Strasser will ein Gespräch mit der Firma herbeiführen.

Beschlossen wurde vom Gemeinderat der Erlass einer Satzung über den Aufwendungs- und Kostenersatz nach dem Bayerischen Feuerwehrgesetz. Damit werden die Kosten für die Einsätze der beiden Feuerwehren Auerbach und Engolling statt bisher durch Rechnung künftig mittels Leistungsbescheid erhoben. In erster Linie sind dies Einsätze bei Verkehrsunfällen für die Verkehrslenkung und das Aufräumen der Unfallstelle. Aber auch Sicherheitswachen, Ausrücken nach missbräuchlicher Alarmierung oder Fehlalarmen fallen darunter. Für Einsätze und Tätigkeiten die unmittelbar der Rettung oder Bergung von Menschen und Tieren dienen, wird wie bisher kein Kostenersatz erhoben. Der Berechnung der Aufwendungen werden die vom Bayerischen Gemeindetag ermittelten Pauschalsätze zugrunde gelegt.

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2017 gab Bürgermeister Strasser dem Gemeinderat bekannt. 549.039,75 Euro konnten dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Damit lag das Ergebnis zur Freude des Gemeinderats um 209.862,75 Euro über dem Haushaltsansatz. Die Solleinnahmen und –ausgaben im Verwaltungshaushalt betragen 3.521.304,51 €, im Vermögenshaushalt 5.413.524,80 Euro. Die ungedeckten Haushaltsüberschreitungen wurden vom Gemeinderat genehmigt.

Für die Vorschlagsliste zur Schöffenwahl 2018 für die Amtsperiode 2019 bis 2023 können von der Gemeinde Auerbach zwei Personen gemeldet werden. Dies sind Laurentius Knoll aus Hitting und 2. Bürgermeister Andreas Hackl, wie der Gemeinderat beschloss. Befürwortet wurden die Bauanträge von Carmen Schmid aus Engolling zur Errichtung eines Pferdestalls in Ernsting und von Danny Hahn aus Mapferding zum Bau eines Wohnhauses mit Doppelgarage in Mapferding.

Geschäftsleiter Robert Alfery informierte über die Aufstellung des Tierschutzvereins bezüglich der Fundtiere 2017 und der damit angefallenen Kosten. Zehn Katzen und zwei Vögel aus dem Gemeindebereich sind im Tierheim abgegeben worden. Fünf Katzen und ein Vogel konnten weitervermittelt werden, die übrigen Tiere sind verstorben. Für 604 Betreuungstage sind Kosten in Höhe von 4.023 Euro entstanden, an Tierarztkosten zusätzlich 1.450 Euro. Abzüglich der von der Gemeinde bezahlten Fundtierpauschale sei dem Tierheim ein Defizit von 3.947,50 Euro entstanden. 2. Bürgermeister Hackl ließ wissen, dass Reinhard Straub zusammen mit Jugendlichen gerne einen Backofen bauen würde. Da man sich auf kein geeignetes Grundstück verständigen konnte kam Bürgermeister Strasser die Idee eines Backofens auf einem fahrbaren Untersatz.